

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Organ des Zentralverbandes Christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag: Bernh. Süe, Düsseldorf, Konfordiastr. 7.
Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstr. Nr. 63-65.
Telefon: 4692.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastr. 7, Fernruf 4423, Telegr: Textilverband Düsseldorf.

Auffstieg.

Frohes Schaffen, edles Streben
Gibt uns wieder Mut zum Leben,
Noch ist alles nicht verloren!

Aus der Not herausgeboren,
Ernten wir uns all verstehen,
Und das große Weltgeschehen
Schweißt die Menschheit neu zusammen,
Läßt zur Einheit sie entflammen. —

Was wir wollen, muß gelingen!
Auf zur Tat und zum Vollbringen!
Sind wir so am Werk gewesen,
Wird die Welt durch uns genesen.

Chr. Kullmann-Frankfurt a. M.

Internationaler Kongress der christlichen Gewerkschaften in Holland.

Im schönen, gastreichen Holland, welches von Revolutionsbeschwerden wenig berührt ist, fanden sich am 15. Juni d. J. und folgende Tage die Vertreter der christlichen Gewerkschaftsorganisationen aus den verschiedenen Ländern Europas zusammen.

Dieser Kongress der christlichen Gewerkschaften ist ein Ereignis von großer Bedeutung. Der Weltkrieg zieht seine Schatten noch nach sich; die Leidenschaften der Bevölkerung der kriegsführenden Länder sind noch aufgewühlt; die furchtbaren Wunden, welche der Weltkrieg geschlagen hat, schmerzen noch. Die bestehenden Gegensätze zu überbrücken im Sinne christlicher Gesinnung und dem Völkerverständnis zu dienen, war die eine Seite der Zwecksetzung des Kongresses. Die andere Seite berührt uns als Arbeiter in unseren wirtschaftlichen und sozialen Interessen unmittelbar. Wir leben in einer Zeit wirtschaftlicher und sozialer Umwälzungen. Immer mehr rückt sich die Arbeiterschaft in den einzelnen Ländern vor. Die Fragen und Probleme, welche die gegenwärtige Zeit aufwirft, haben nicht nur nationale, sondern auch internationale Bedeutung. Wir stehen im Weltverkehr und -Handel, und es kann uns als Arbeiter wirklich nicht einerlei sein, ob die anderen Länder eine längere Arbeitszeit, schlechtere oder bessere soziale Gesetze, Verhältnisse usw. haben wie wir. Hinzu kommt, daß der Friedensvertrag eine gewisse internationale Regelung verschiedener Arbeiterfragen vorsieht. Zu diesem Zwecke hat bereits in Washington (Amerika) eine internationale Arbeitskonferenz stattgefunden. Es ist für die christliche Gewerkschaftsbewegung wichtig, auf die zukünftige Gestaltung der Dinge entsprechenden Einfluß zu gewinnen und sie im Sinne unserer Prinzipien und Bestrebungen zu beeinflussen.

Der stattgefunden internationale Kongress hat die in ihm gestellten Erwartungen insofern durchaus erfüllt, als die durch den Krieg in Trümmer geschlagene frühere internationale Verbindung der christlichen Gewerkschaften neu und in sich gefestigt wieder zu Stande gekommen ist. Eine recht stattliche Anzahl von Delegierten der christlichen Gewerkschaften, und zwar aus Holland, Deutschland, Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Spanien, Ungarn, Österreich und Tschecho-Slowakei hatte sich eingefunden. Zusammen waren 98 Delegierte anwesend, welche 3367400 Mitglieder vertraten. Deutschland hatte 22 Delegierte entsandt. Aus Dänemark, Luxemburg und England waren Vertreter von noch nicht angeschlossenen Organisationen anwesend. Der Kongress selbst tagte in der schönen holländischen Residenzstadt Haag. Die holländischen Freunde hatten ihr Möglichstes getan, um den Boden zu finden, worauf eine Einigung zu Stande kommen konnte. Nach dem vorausgegangenen Krieg und den noch bestehenden Gegensätzen war es das Gegebene, daß Kollegen aus einem neutralen Lande die Verbindung wieder herzustellen versuchten. Ganz leicht ist es nicht gewesen, und auch auf dem Kongress kamen die Gegensätze zum Ausdruck. Wie stark die Gegensätze noch sind, zeigte sich z. B. auch auf der kürzlich stattgefundenen inter-

nationalen Seereutekonferenz in Genua. Allerdings spielte die Haltung der deutschen Arbeiter zu den Kriegsgeschehnissen auf dem internationalen Kongress der christlichen Gewerkschaften im Haag weniger eine Rolle mehr. Man war von allen Seiten bemüht, Gegensätze auszugleichen und einen lebensfähigen internationalen Verband der christlichen Gewerkschaften zu Stande zu bringen. Wo gegenwärtige Meinungen zum Ausdruck kamen, wußten die deutschen Delegierten ihre nationale Ehre zu wahren.

Schwierig waren die Fragen über den Sitz des internationalen Sekretariates und über die Zusammensetzung des vom Kongress zu wählenden Vorstandes. Trotzdem Deutschland vor dem Kriege sowohl das internationale Sekretariat verwaltete, wie auch den Vorsitzenden stellte, ging das Bestreben der meisten Delegierten aus den anderen Ländern dahin, wieder den Posten des ersten Vorsitzenden nach dem Sekretariat an eines der am Kriege beteiligt gewesenen Länder abzugeben. Die deutschen Delegierten konnten dem natürlich nicht zustimmen. Schließlich einigte man sich dahin, den Sitz des Sekretariates in ein neutrales Land zu verlegen, die Vertretung der Arbeiter im Vorstand jedoch dem vom Kongress gewählten Vorstand zu übertragen. Im Vorstand sind alle Gesamtverbände der einzelnen Länder durch einen Delegierten vertreten; Deutschland jedoch mit zwei, darunter eine weibliche Delegierte. Des weiteren bleibt es dem Vorstand überlassen, eine weitere weibliche Vertreterin — evtl. aus Belgien — hinzuzuziehen.

Die Verhandlungen des Kongresses nahmen fast vier Tage in Anspruch. Auf internationalen Kongressen geht immer viel Zeit mit der Uebersetzung der Ausführungen der Referenten und Diskussionsredner verloren. Nur wenige Delegierte, z. B. der Kollege Brauer-Köln, sind in der angenehmen Lage, mehrere Sprachen verstehen und reden zu können. Eines trat des weiteren auf diesem Kongress in die Erscheinung. Die Deutschen, sowie die Delegierten aus den germanischen Ländern überhaupt, machen durchweg ihre Ausführungen in sachlicher und mehr formloser Art, während die Delegierten aus den romanischen Ländern mehr durch lebhafteres Temperament und äußere Form hervortreten.

Ueber weitere Einzelheiten des Verlaufes des Kongresses, insbesondere über die gefaßten Beschlüsse, wird noch (besonders auch im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften) berichtet werden. Ich möchte hiermit lediglich einen mehr allgemein gehaltenen kurzen Gesamtüberblick geben. Für uns ist auch von Wichtigkeit, daß ich als Vertreter unseres Verbandes die Gelegenheit des Kongresses benutzen konnte, um mit den Delegierten der christlichen Textilarbeiterverbände aus verschiedenen Ländern Fühlung zu nehmen. Bekanntlich hatten die christlichen Textilarbeiterverbände bereits vor dem Kriege eine internationale Verbindung, welche ebenfalls durch den Krieg zerschlagen wurde. Auf dem Kongress hatten sich auch einige alte, liebe Bekannte eingefunden. Da ist zunächst der Kollege Camille Wilger aus Mülhausen im Elsaß zu nennen. Letzterer war früher Beamter unseres Verbandes und gehört jetzt als Mitglied der französischen Kammer an. Ferner der Kollege Mensink aus Enschede-Holland, der früher als Beamter unseres Verbandes in dem holländischen Grenzgebiet Gronau-Enschede fungierte und jetzt als Beamter für den „Niederländischen N. N. Textilarbeiterverband“ tätig ist.

Als sich am Freitag, den 18. Juni, die Vertreter der Textilarbeiterverbände auf dem Kongress zu einer Sonderbesprechung zusammensanden, kam man einstimmig überein, sich wieder zu einem „Internationalen Bund der christlichen Textilarbeiter“ zusammenzuschließen. Die beiden holländischen Textilarbeiterverbände wurden beauftragt, die weiteren Vorbereitungen für den engeren Zusammenschluß in die Wege zu leiten. Ueber die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Textilarbeiter in den einzelnen Ländern soll durch einen besonderen Fragebogen mehr Klarheit geschaffen werden. Mit Rücksicht auf die bei uns in Deutschland unstrittene Frage der Arbeitszeit sei hier nebenbei nur darauf hingewiesen, daß in Holland bereits ein Gesetz angenommen wurde, wonach die wöchentliche Arbeitszeit ab 1. Oktober d. J. 45 Stunden beträgt. Gleichwie die Vertreter aus den einzelnen Ländern auf dem Kon-

gress begeistert ausriefen: „Es lebe die christliche Internationalität!“ wollen auch wir hoffen, daß aus der gemeinsamen Arbeit Segen- und Friedenbringendes ersprießen wird.

litte.

Preisabbau für Lebensmittel und Bedarfsartikel.

Am 1. Juni ds. Js. hat der Zentralvorstand unseres Verbandes an eine Anzahl Reichs- und Landesministerien in Berlin Eingaben zur Linderung der Not der Erwerbslosen gerichtet. (Veröffentlicht in der Textilarbeiterzeitung Nr. 25 vom 19. Juni 1920.) Auf diese Eingabe hat zuerst das Reichswirtschaftsministerium eine vom 15. Juni datierte Antwort an unsern Verband gelangen lassen. Dieselbe hat folgenden Wortlaut:

„Die Punkte 1 bis 4 des Antrages unterliegen nicht meiner Zuständigkeit; zu Punkt 5 ist zu bemerken, daß der Preisabbau für Lebensmittel bereits eingeleitet hat. Infolge des stärkeren Angebots von ausländischen Kartoffeln, insbesondere von Polen und von Frühkartoffeln aus Italien sind die Preise bereits erheblich gesunken. Für ausländisches Fleisch ist der Preis von 20,— M. auf 15,— M. pro Kilo und für Schmalz von 34,— M. auf 26,— M. ermäßigt worden. Wenn die Valutaverbesserung anhält, ist mit einem weiteren Sinken der Lebensmittelpreise, mit Ausnahme von Brot zu rechnen. Bei Brot muß berücksichtigt werden, daß jetzt große Mengen Getreide aus dem Auslande eingeführt werden, dessen Mehrpreis zum Teil von den Verbrauchern getragen werden muß.“ (Folgt Unterschrift.)

In der Begründung zu unserer Eingabe vom 1. Juni hatten wir darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige mißliche Wirtschaftslage besonders auch darauf zurückzuführen sei, daß in den letzten Monaten eine geradezu rapide Preissteigerung für Inlands-Lebensmittel und -Bedarfsartikel eingeleitet habe. Auf Grund dieser Sachlage hielten wir es für dringend notwendig, daß ein Preisabbau gerade für Inlands-Lebensmittel und -Bedarfsartikel unverzüglich erfolgen müsse, da im anderen Falle das Zurückbleiben und Sinken der Kaufkraft breiter Volksschichten sich zu einer ersten, volkswirtschaftlichen und nationalen Gefahr auszuwachsen drohe.

Wie das Reichswirtschaftsministerium in seiner Antwort an uns zu erkennen gibt, scheint dasselbe große Hoffnungen zu setzen auf die Einwirkung der Preisgestaltung durch die Einfuhr ausländischer Lebensmittel. Wir fürchten nur, daß sich diese Hoffnungen nicht erfüllen werden, weil sie sich nicht erfüllen können. Wir sind eben zum allergrößten Teil auf die einheimischen Lebensmittel angewiesen. Das haben uns auch kürzlich wieder die Erfahrungen mit den diesjährigen ausländischen Frühkartoffeln gezeigt. Größere Mengen italienischer Frühkartoffeln sind nach Deutschland gekommen, an denen die Lieferanten beträchtliche Summen verloren haben sollen. Soll doch allein Fracht, Zoll und sonstige Frachtkosten für einen Waggon Frühkartoffeln von Mailand bis Köln rund 52000 M. also 1,60 M. auf das Kilo ausgemacht haben. Daß bei derartigen Kosten die Lieferanten nicht auf ihre Rechnung gekommen sind, ist verständlich. Wenn man die Fracht berechnet und berücksichtigt, daß die Mark in Italien etwa nur den dritten Teil des Friedenswertes gilt, dann kommt ein Preis von vielleicht vier und fünf Mark für das Pfund italienische Kartoffeln zustande. Die deutschen Großhändler wollten von diesen Preisen nichts wissen und schließlich haben die italienischen Lieferanten die Kartoffeln zu etwa 95 Mark den Zentner abgestoßen. Allerdings waren das die ersten und auch die letzten italienischen Kartoffeln, die diese Lieferanten eingeführt haben, aber aus diesem Beispiel kann man ersehen, daß die ungeheuerlich gestiegenen Frachtsätze, Zoll usw. die Einfuhr schließlich ganz unmöglich machen.

Die Einfuhr ausländischer Lebensmittel und Bedarfsartikel kann darum allein niemals in dem Maße auf eine Senkung der Preise einwirken, als wie dieses im Interesse weitester Volksschichten notwendig ist. Die zuständigen Regierungsstellen sollten auch zugleich nachdrücklich auf eine Herabsetzung der zu hohen Mindest- bzw. Höchstpreise für Lebensmittel im Inlande hinarbeiten. Die allerwichtigsten und unbedingt notwendigsten Lebensmittel sind doch unstreitig Brot, Kartoffeln, Milch usw., aber ausgerechnet diese zum Leben unbedingt erforderlichen Produkte sind in den letzten Monaten derart im Preise gestiegen, daß für viele Volkangehörige diese Produkte nicht einmal mehr in

den kleinen rationierten Mengen beschafft werden können. Es geht durchaus nicht länger mehr, daß zu einer Zeit, wo die Preise für Auslandswaren sinken, die Preise für Inlandswaren noch fortwährend steigen. Es kann aber auch umso mehr unbedenklich an einen Preisabfall im Inlande herangegangen werden, da doch den Landwirten seiner Zeit für ihre Erzeugnisse, z. B. für Kartoffeln, sehr hohe Mindestpreise zugewilligt worden sind. Es wird nachgerade die allerhöchste Zeit, daß durch entsprechende Maßnahmen der Regierung dem Volke das tägliche Brot — und dazu rechnen wir auch Milch und Kartoffeln — verbilligt wird. Es ist also nicht nur Förderung der Einfuhr bei verbesserter Valuta, sondern besonders auch Herabsetzung der zu hohen Mindest-, bezw. Höchstpreise für Lebensmittel im Inlande unbedingt notwendig.

Die Schraube bricht.

Was bei der Besserung unserer Valuta vorauszu- sehen war, hat jetzt plötzlich in unserem Leben sich zu vollziehen begonnen, eine Wirtschaftskrise ist eingetreten. Dies ist nicht bemerkenswerter, als wir mitten in einer Zeit leben, die noch in jeder Hinsicht gekennzeichnet ist durch den Warenmangel. Die Ursache der Wirtschaftskrise liegt also nicht in den Abwärtstendenzen an sich, sondern ist gegeben in den Preisverhältnissen.

Es rächt sich jetzt bitter die Preispolitik jener, die stets ohne weiteres den vollen Anstieg der Inlandspreise an die Auslandspreise gefordert haben. Wir haben überall da, wo die völlig freie Wirtschaft durchgeführt worden ist, in der letzten Zeit Preissteigerungen gesehen, die das vernünftige Maß überschreiten. Nun hat die Markt sich wesentlich gebessert, und die Folge ist, daß die Preise unserer Erzeugnisse zum Teil schon über dem Weltmarktpreis stehen, zum Teil ihm sehr nahe gekommen sind, daß das Ausland nicht mehr kaufen will. Im Inland aber ist durch die ständig fortgesetzten Preissteigerungen die Kaufkraft der Bevölkerung trotz erhöhten Einkommens nicht mehr stark genug, um die ungeheuren hohen Preise zahlen zu können. Und macht sich jetzt die Tatsache geltend, daß die Bevölkerung das Allernotwendigste auf manchen Bedarfgebieten angeschafft hat und nun infolge der Miespreise abgesehrt wird, weitere Einkäufe zu machen. Dies trifft besonders auf dem Gebiete der Bekleidung zu.

Man hat eben vergessen, daß überhaupt ein Ausgleich zwischen Einkommen und Preisgestaltung durch die Freiwirtschaft heute nicht erzielt werden kann. Den hohen Preisen müßten naturgemäß Lohnsteigerungen und Befoldungserhöhungen folgen, wenn nicht der größte Teil der Bevölkerung durch die Teuerung vollkommen zerrieben werden sollte. Aber diese Einkommenssteigerung kann bei freier Entwicklung nie so hoch sein, wie die Steigerung der Warenpreise, weil die vermehrte Kaufkraft der Bevölkerung sofort ein weiteres Einpreis- schnellen der Preise zur Folge hat. Nun stehen wir vor der furchtbaren Lage, daß trotz geringer Warenvorräte der Absatz und damit die Produktion ins Stocken kommen. Die Ausnutzung der Arbeitskraft, die für unser deutsches Volk eine Lebensfrage bedeutet, wird dadurch direkt gefährdet. Neue gewaltige Schädigungen bedrohen unsere Volkswirtschaft.

Die Freiwirtschaft hat also dazu geführt, daß das ständige Drehen der Preis- und Einkommens- schraube zu einem vollkommenen Versagen zu führen droht, daß die Schraube zerbricht. Wenn irgend etwas Klar zu zeigen vermag, daß nur auf dem Wege einer geschlossenen klaren Wirtschaftspolitik, aber nicht durch völlig freies Schenken der Dinge, eine Besserung unserer Verhältnisse erfolgen kann, so sind es die gegenwärtigen Nöte unseres Wirtschaftslebens.

Neue Verordnungen und Gesetze.

Ueber den vorläufigen Reichswirtschaftsrat

Am 1. Mai eine Verordnung erlassen worden (R.-G.-Bl. S. 853). In denselben werden 68 Vertreter der Land- und Forstwirtschaft, 6 Vertreter der Gärtnerei und Fischerei, 68 Vertreter der Industrie, 44 Vertreter des Handels, der Banken und des Versicherungswesens, 34 Vertreter des Verkehrs und der öffentlichen Unternehmungen, 26 Vertreter des Handwerks, je zur Hälfte Arbeitgeber und Arbeitnehmer, berufen. Außerdem 30 Vertreter der Verbände, 16 Vertreter der Beamten- schaft und der freien Berufe, 12 mit dem Wirtschafts- leben der einzelnen Länder, besonders vertraute Persönlichkeiten und 12 von der Reichsregierung, nach freiem Ermessen zu ernennende Personen. Dieser Reichswirtschaftsrat hat beim Aufbau der in der Reichsverfassung vorgesehenen Arbeitsräte, Unternehmervertretungen und Wirtschaftsräte mitzuwirken, sozialpolitische oder wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe zu begutachten oder auch selbst zu beantragen. Er kann zur Behandlung wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Fragen je einen ständigen Ausschuss bestellen, der vor Erlass wichtiger einschlägiger Verordnungen gefragt werden muß. Unser Verband wird mit in diese Reichswirtschafts- rat vertreten sein.

Eine bedeutende Erhöhung des Krankengeldes.

Durch Verordnung vom 30. April (R.-G.-Bl. S. 769) ist der § 180 der R.-G.-B. umgearbeitet worden. Der Grundlohn, nach dem das Krankengeld berechnet wird, kann entweder nach dem wirklichen Verdienst der einzel- nen Versicherten oder nach Lohnklassen bemessen werden.

Bei der Festsetzung des Grundlohnes muß der Tages- verdienst bis zu 24 M. berücksichtigt werden. Die Zahlung kann aber den Tagesarbeitsverdienst bis zu 30 M. berücksichtigen. Wird nicht der wirkliche, sondern ein Durch- schnittsverdienst der Krankengeldberechnung zugrunde gelegt, so bedarf die Festsetzung dieses Durchschnitts- verdienstes der Zustimmung des Oberversicherungsamtes. Das bedeutet praktisch, daß Arbeiter, die arbeitstätig 24 M. und mehr verdienen, mindestens 12 M. Krankengeld den Tag erhalten müssen. Vorstand und Ausschuss jeder Kasse, muß bis spätestens Ende August eine dem- entsprechender Verringerung der Kassenführung beschließen haben. Bis die Verringerungen vom Oberversicherungsamt genehmigt sind, legt der Kassenvorstand die Verringerungen vorläufig fest. Bis Ende Mai müssen die Arbeitgeber den Kassen die zur Berechnung der Beiträge nach den neuen Grundlöhnen erforderlichen Angaben machen. Die Einkommensgrenze für die Versicherungspflicht ist auf 15 000 M. ausgedehnt worden. Unsere Kollegen werden gut tun, bei den Kassenvorständen etwas zu drängen und dies auf die neue Verordnung hinzuweisen, damit die Verordnung auch durchgeführt und überall ein zeit- gemäßes Krankengeld festgesetzt wird.

Die Teuerungszulagen zu den Unfallrenten

werden durch Verordnung vom 5. Mai (R.-G.-Bl. S. 878) geändert. Unfallrentenbesitzer mit mehr als 50 Prozent Rente für Unfälle aus der Zeit von 1885-1900 erhalten eine Zulage von 90 Prozent, bei Unfällen von 1901 bis 1915 70 Prozent, von 1916 bis 31. 1. 1920 40 Prozent der Rente. Bei landwirtschaftlichen Unfällen von 1895 bis 1900 110 Prozent, von 1901 bis einschließlich 1915 90 Prozent, von 1916 bis 31. 1. 1920 60 Prozent der Rente. Die seitherige Zulage von 20 M. fällt fort. Nur wo diese höher war als die neue Zulage, wird die alte mit 20 M. weiter bezahlt. Für Unfälle, die sich nach dem 31. 1. 1920 ereignet haben, werden keine Zulagen bezahlt. Zu den Unfallrentenbesitzern werden folgende Zuschläge ab 5. Mai bezahlt: Für Unfälle aus der Zeit von 1885 bis einschl. 1900 60 Prozent, von 1901 bis einschl. 1915 40 Prozent, von 1916 bis einschl. 1919 20 Prozent. Bei landwirtschaftlichen Unfällen betragen diese Zuschläge 80, 60 und 40 Prozent. Ueber die Gewährung dieser Zulagen entscheidet die Berufsgerichts- schaft schriftlich. Gegen die Entscheidung ist binnen vier Wochen Einspruch an das Oberversicherungsamt zulässig, das endgültig entscheidet. Wenn die Zulage endgültig abgelehnt ist, wird das Verfahren auf Antrag wieder aufgenommen, wenn Umstände eintreten, die die Ge- währung rechtfertigen.

Eine Änderung der Erwerbslosenfürsorge

ist durch Verordnung vom 6. Mai (R.-G.-Bl. S. 871) vorgenommen worden. Die Gemeinden brauchen jetzt eine Erwerbslosenfürsorge nur mehr einzurichten, wenn ein Bedürfnis dazu besteht. Wer eine Rente von min- destens 66 2/3 v. H. bezieht, gilt als nicht arbeitsfähig und hat keinen Anspruch auf die Erwerbslosenfürsorge. Die Unterstützung darf erst nach einer Wartezeit von mindestens einer Woche bezahlt werden. Nur für zurück- gekehrte Kriegsteilnehmer, mit beschränkter Arbeitszeit Beschäftigte und Personen, die nach weniger als sechs- wöchiger Beschäftigung oder mindestens einwöchiger Krankheit arbeitslos werden, darf eine Wartezeit nicht festgelegt werden. Die Höhe der Unterstützung ist in das Ermessen der Gemeinden oder Gemeindeverbände gelegt. Die seitherigen Höchsthöhe sind der weiter fortgeschrittenen Teuerung entsprechend heraufgesetzt worden für männliche Personen über 21 Jahre, die nicht im Haushalt eines anderen leben, in Ortsklasse A von 6.— auf 8.— M., B von 5.— auf 7.— M., C von 4.— auf 6.— M., D und E von 3.50 auf 5.— M. Für Personen über 21 Jahre, die im Haushalt eines anderen leben, betragen die Höchsthöhe 7.— M., 6.25 M., 5.50 M., 4.50 M.; für männliche Personen unter 21 Jahren statt 4.25 M. 5.— M., statt 3.50 M. 4.50 M., statt 3.— M. 3.50 M. und statt 2.50 M. 3.— M. Für weibliche Personen über 21 Jahren, die nicht im Haushalt eines anderen leben, 6.— M., bisher 5.— M., B 5.25 M., bisher 4.50 M., C 4.50 M., bisher 3.50 M., D und E 3.75 M., bisher 3.— M.; soweit sie im Haushalt eines anderen leben: 5.— M., 4.25 M., 3.50 M., 2.50 M. Die Höchsthöhe für weibliche Personen unter 21 Jahren sind wie bisher geblieben: 3.— M., 2.50 M., 2.25 M., 2.— M. Die Familienzuschläge haben eine kleine Erhöhung erfahren. Diese Höchsthöhe können, wenn sie in einem auffälligen Mißverhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung stehen, mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers bis zur Höhe des Ortslohnes erhöht werden. Die Unterstützung darf höchstens für 26 Wochen gewährt werden. Zur Vermeidung unbilliger Härten können aber die Gemeinden mit Zustimmung der Landeszentralbehörde eine längere Dauer zulassen.

Eine Änderung der gesetzlichen Wochen- und Wochenfürsorge

ist am 30. April in Wirksamkeit getreten (R.-G.-Bl. S. 853). Der Mindestbeitrag des Wochengeldes für Versicherte wird von 75 Pf. auf 1.50 M. erhöht; das Wochengeld für die vier Wochen, die in die Zeit vor der Entbindung fallen müssen, ist mit dem Tage der Entbindung fällig. Die Zahlung kann das Wochengeld auch höher als das Krankengeld, bis zu 1/3 des Grundlohnes, bemessen. Als Mehrleistung für die Angehörigen von Versicherten kann das Wochen- und Stillgeld bis auf die Hälfte des Krankengeldes der Versicherten erhöht werden. Die Einkommens- grenze, bis zu der die Wochenfürsorge zu gewähren ist, wird für Ehefrauen von 2500 auf 4000 M. heraufgesetzt; außerdem erhöht sich dieser Betrag für jedes vorhandene Kind unter 15 Jahren um 500 M. Stirbt eine Wöchnerin bei der Entbindung oder während der Zeit der Bezugsberechtigung, so werden die noch fälligen Beiträge an

denjenigen gezahlt, der für den Unterhalt des Kindes sorgt.

Die Zuständigkeit der Kassen ist so geregelt, daß bei Beteiligung mehrerer Kassen (oder Ersatzkassen) die Wochenhilfe nur einmal zu gewähren ist, der Wöchnerin aber die Wahl der Kasse freisteht. Wechseln die Versicherten während der Leistung der Wochenhilfe die Kasse, so bleibt die erstverpflichtete Kasse für die weitere Durch- führung der Kassenleistung zuständig. Um die Kassen vor Mißbrauch zu schützen, erhalten Ehefrauen usw. von Ver- sicherten die Wochenhilfe nur dann, wenn der Versicherte im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Wochen auf Grund der Reichsversicherung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse gegen Krankheit ver- sichert war.

Reichskuratorium zur wissenschaft- lichen Förderung der Textilindustrie.

Am 12. Juni fand im Ministerialgebäude zu Dresden-N. die Gründung des Reichskuratoriums zur wissenschaftlichen Förderung der deutschen Textilindustrie statt. In ihm gewinnen die deutschen Forschungsinstitute für Textilindustrie eine zusammen- fassende und anregende Zentrale zur Förderung ihrer wissenschaftlichen Arbeiten. Sitz des Kuratoriums ist Dresden. Das Kuratorium zählt 44 Mitglieder, die vom Reichswirtschaftsministerium aus den Kreisen der beteiligten Behörden und der Textil- industrie ernannt werden. Der Vorsitzende d. H. H. G. Mat. Just., zugleich Vorsitzender der Reichsstelle für Textilwirtschaft in Berlin, eröffnete die Sitzung. Sodann nahm Ministerpräsident Brüning das Wort, um im Namen der sächsischen Staatsregierung das Reichskuratorium in Dresden zu begrüßen. Er betonte die hervorragende Bedeutung und Vielgestaltigkeit der Textil- industrie im Freistaate Sachsen, die es berechtigt erscheinen lassen, daß der Sitz des Reichskuratoriums nach Dresden verlegt worden sei. Die schweren Schäden, die besonders die Textilindustrie in und nach dem Kriege erlitten habe, nötigten dazu, daß die wissenschaftliche Forschung mehr als bisher der Technik zu Hilfe komme, um mit möglichst wenig Rohstoffen möglichst hochwertige Waren zu erzeugen, in denen möglichst viel Arbeits- lohn stecke. Nur durch Hebung der Güte unserer Waren könnten wir auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig bleiben. Diese Aufgaben hätten die Forschungsinstitute zu erfüllen.

Der Regierungsrat Hagemann vom Reichswirtschafts- ministerium in Berlin brachte die Wünsche der Reichs- regierung zum Ausdruck und sicherte dem Kuratorium die Unterstützung und Förderung des Reichswirtschafts- ministeriums zu. Er dankte für die Wünsche der sächsischen Staatsregierung und der Reichsregierung und legte in längeren Ausführungen Zweck und Ziele des Reichskuratoriums unter besonderem Hinweis auf die Bedeutung des ihm beigeordneten wissenschaftlichen Bei- rats dar.

Im weiteren Verlaufe wurde der Satzungsentwurf einstimmig angenommen. Zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden wurde Kommerzienrat Claviez (Dorf), zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden Landtags- abgeordneter Winkler (Dresden-Briesnitz) und zum Schatzmeister Generaldirektor Dr. Osterseker (Grün- berg i. Schles.) ernannt. Ueber die Zusammenfassung des wissenschaftlichen Beirats und die Wahl eines Un- terschieds zur Vorbereitung eines Schlußes für die Ver- tretung der im Reichshaushaltsplan 1919 für die deutschen Forschungsinstitute ausgemerkten drei Millionen Mark wurden vorbereitende Entschlüsse gefaßt. Mit der weiteren Verfolgung der von der Nationalversammlung gegebenen Anregung betreffend die Frage der Colonis- fierung von Hanf und Flach soll der wissenschaft- liche Beirat betraut werden.

Im Anschluß an die Gründungsitzung fand nach- mittags eine Besichtigung des deutschen Forschungs- instituts für Textilindustrie, Wiener Straße 6, sowie die Besichtigung einer Ausstellung von Forschungsarbeiten dieses Instituts im Festsaale der Technischen Hochschule statt.

Delegierte von Aachen waren Assessor a. D. Emil Pastor und Ewald Weber.

Allgemeine Rundschau.

Neuwahlen der Beisitzer an den Kaufmanns-, Gewerbe- und Innungschiedsgerichten.

Die Amtsdauer der Beisitzer an den Arbeitsgerichten ist nach einer während des Krieges erlassenen Verordnung ausgedehnt worden bis zu dem Zeitpunkte sechs Monate nach Friedensschluß. Durch Verordnung vom 12. Mai d. J. wird als Tag des Friedensschlusses der 10. Januar 1920 bestimmt. Within wäre die Amtsdauer der jetzigen Beisitzer an den Gewerbe-, Kaufmanns- und Innungs- scheidsgerichten am 10. Juli d. J. beendet. Soweit bis dahin keine Neuwahlen durchgeführt sind, wird die Amt- dauer der Beisitzer weiter verlängert bis zur Durch- führung der Wahlen, jedoch nicht über den 31. Dezember 1920 hinaus. In der allernächsten Zeit sind also überall die Neuwahlen zu den Arbeitsgerichten zu tätigen. Die Wahlvorbereitungen müssen von den Parteien und Funktionären der christlichen Gewerkschaftsbewegung und des deutschen Gewerkschaftsbundes unverzüglich in Angriff genommen werden. Es ist notwendig und zweckmäßig, daß alle dem deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gruppen der Angestellten und Arbeiter sowohl örtlich wie bezüglich bei allen kommenden sozialen Wahlen Sand in Hand arbeiten. Unsere Ortsstellen wurden überall dort, wo es noch nicht geschehen ist, mit den im deutschen

Aus unserer Industrie.

Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes

hat auch in der abgelaufenen Woche keine Besserung erfahren. Die weiter weisenden Preise für Rohstoffe haben die Käufer von Webstoffen aller Arten veranlaßt...

Aus der internationalen Textilindustrie

wird berichtet, daß in Japan nicht nur in der Seidenindustrie, sondern auch in den Wollewereien und in den Baumwollfabriken erhebliche Betriebseinschränkungen zu verzeichnen sind.

Aus unserer Bewegung.

Eine Betriebsärztekonzferenz in Bittau.

Eine Konferenz von Betriebsärzten aus der christlichen Textilarbeiterorganisation tagte am Sonntag, den 13. Juni, in Bittau.

Die aus der gesamten Oberöstlicher Textilindustrie zahlreich besuchte Betriebsärztekonzferenz des Gewerkschaftsbundes christlicher Textilarbeiter erobert angesichts der zunehmenden Lebensnot die dringende Forderung...

- 1. die zu erhebenden Unterstützungsätze den aus der Preisbildung für den gesamten Lebensbedarf sich ergebenden Bedürfnissen entsprechen
2. die durch Zugumdelegung des Familieneinkommens gegenwärtige vielfach bebrochene Härten beseitigt werden
3. eine Gleichstellung von männlichen und weiblichen Haushaltungsvorständen und die Wiedereinbeziehung der Jugendlichen im Alter von 14-16 Jahren in den Kreis der Unterstützungsberechtigten erfolgt
4. der Bezug der Unterstützung für Erwerbsbeschränkte (Kurzarbeiter) in größerem Umfang und unter günstigeren Bedingungen ermöglicht wird wie bisher.

Eine Konferenz von Ortsgruppenvertretern des Gladbacher Bezirks.

Guten Besuch hatte die Konferenz des M.-Glabbacher Bezirks aufzuweisen, welche am Sonntag, den 13. Juni 1920, im Bahnhofshotel in Rheydt tagte.

Kollege Joh. Clasen zeigte, wie auch in dieser Krisenzeit es möglich sei, daß unser Verband seine Stärke behalte.

Die Wichtigkeit der sozialen Wahlen betonte der Kollege Müller-Odenkirchen. Er forderte zu intensiver Arbeit auf, da der Ausgang der Wahlen ein Gradmesser unserer Bewegung sei.

Hege Diskussion reichte sich den Vorträgen an. Eine Entschließung betr. Beitragsfrage wurde angenommen.

Mit dem Ruf: 'Vorwärts ohne Ruh und Raß, frisch das Ziel ins Aug' gefaßt. Mehr noch steht die Kräfte ein, Unser muß die Zukunft sein' schloß Kollege Clasen die anregende Versammlung.

Aus dem sauerländischen Sekretariatsbezirk.

Am 14. und 15. Juni fanden in den Orten Schmalkenberg, Fredeburg und Eversberg die ordentlichen Mitgliederversammlungen statt, zu denen auch unser

stellvertretender Bezirksleiter, Kollege Büchsenjüß erschienen war. In diesen Versammlungen, welche durch schnittlich besser hätten besucht sein können...

Ferner erging sich der Redner dahin, daß auch die Opferlosigkeit zu den besten Tugenden eines christlichen Gewerkschaftlers gehöre. Die Beiträge müssen pünktlich und nach den im Statut festgelegten Sätzen entrichtet werden...

Es wurde dann noch seitens des Kollegen Büchsenjüß der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die augenblickliche wirtschaftliche Krise bald vorübergehen möge, alles in allem aber zeige, wie dringend notwendig es gerade heute sei...

Von den Vorständen der einzelnen Ortsgruppen wurde im allgemeinen eine bessere Beteiligung an den Versammlungen verlangt.

Unser Sekretariatsleiter, Kollege Hesse, sprach sich zum Schluß dann noch dahin aus, daß es eine unbedingte Notwendigkeit sei, in Zukunft auch die Versammlungen mehr als bisher zu besuchen...

Wfo: „Arbeit mit!“

Konferenz der christlichen Gewerkschaften in Gmünd.

Sachlich waren die Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder der christlichen Gewerkschaften dem an sie ergangenen Rufe gefolgt, um sich an den alten, ewigen Idealen der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu begeistern...

Vornweg sei es gesagt: die Konferenz stand auf der Höhe. Nicht nur, was die Referate anbelangt, sondern auch die Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner waren nicht nur rein sachlich und vornehm, sondern sie waren alle durchweht von einer Begeisterung...

Punkt 3 Uhr wurde die von etwa 200 Vertrauensleuten und Betriebsratsmitgliedern besuchte Konferenz von dem Vorsitzenden des Kartells, Gewerkschaftssekretär Alb. Baumhauer eröffnet. Herzliche Worte der Begrüßung richtete er an die Teilnehmer, die durch ihr zahlreiches Erscheinen bekräftigt hätten, daß sie die Bedeutung der Tagung zu würdigen wüßten...

Der Vortrag, der etwa dreiwertel Stunden dauerte, wurde mit gespannter Aufmerksamkeit entgegengenommen und erntete lebhaften Beifall.

Nach kurzer Pause erhielt Gesamtverbandssekretär Kollege Weisp. Stuttgart das Wort, der die Aufgaben und die Bedeutung der Betriebsräte im Rahmen der Gesamtbewegung behandelte.

In der folgenden Diskussion kam zum Ausdruck, daß wir in Zukunft mehr noch als bisher darauf hinwirken müssen, daß eine weitere Erziehung der Preise für notwendige Lebensmittel und Bedarfsartikel verhindert wird...

Die christliche Gewerkschaftsbewegung wird gerade dieser Frage künftig ihre volle Beachtung schenken.

Von mehreren Diskussionsrednern wurde dann auch betont, und das möchten wir ganz besonders unterstreichen, daß unsere Kollegen und Kolleginnen noch mehr als bisher in den gesetzlichen Arbeitervertretungen, den Betriebsräten, mitarbeiten sollten.

Die Diskussion war im allgemeinen recht lebhaft und brachte manchen neuen Gesichtspunkt zutage. Wir möchten

Gewerkschaftsbund befindlichen Angestellten, Beamten- und Staatsbedienstetenorganisationen Führung nehmen und mit diesen gemeinsam Orts- oder Bezirksverbände errichten müssen.

Zusammenschluß der deutschen Unternehmerverbände.

Die Organisationen der landwirtschaftlichen Unternehmer und die Spitzenverbände von Handel, Industrie, Handwerk und Gewerbe haben gestern den Zusammenschluß zu einem 'Zentralausschuß der Unternehmerverbände' beschlossen.

Der Zentralausschuß bezweckt die geschlossene Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen der deutschen Unternehmerschaft und die einheitliche Abwehr aller gegen sie gerichteten Bestrebungen.

Gewerbegerichtsgesetz und Kaufmannsgerichtsgesetz.

Textausgabe mit der Abänderungsverordnung vom 12. Mai 1920 und ihrer Begründung sowie Sachverzeichnis. Verlag Franz Bagl in Berlin W. 9.

Die durch die veränderten Verhältnisse geschaffene Neufassung beider Gesetze hat in dieser Ausgabe eine übersichtliche und anschauliche Wiedergabe gefunden.

Ein mehrheitssozialistisches Porträt der Unabhängigen.

Obwohl die Unabhängigen die Mehrheitssozialisten nicht im Zweifel darüber gelassen hatten, daß an eine Einigung zwecks gemeinsamen Vorgehens im Wahlkampf nicht zu denken sei, nahmen die letzteren auf den feindlichen Nachbar zueilen doch alle erdenkliche Rücksicht...

'Mit solchen Leuten', so betonte er, können wir nicht leben. Wir müssen im Wahlkampf den Mut haben, zu sagen, daß es unmöglich ist, in wenigen Monaten aus einem Trümmersfeld ein Paradies zu schaffen...

Diese Ausführungen Roskes, die wir im Konferenzbericht des 'Hamburger Echo' (1920, Nr. 208) finden, sind allerdings verständlich. Ist er doch der bei den Unabhängigen und Kommunisten bestgebteste Mann...

nur wünschen, daß künftig die Kolleginnen sich mehr daran beteiligten.

Kurz vor 6 Uhr wurde die anregend verlaufene Konferenz von dem Vorsitzenden geschlossen mit dem Appell, nun das Gehörte mit hinaus zu nehmen und überall in die Tat umzusetzen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bergneustadt. In der am 1. Juni stattgefundenen Vierteljahrsversammlung gab zunächst unser Kassierer Kollege Scheller den Kassenbericht. Aus demselben ging hervor, daß im ersten Quartal eine Einnahme von etwa 5000 M. aus den Wochenbeiträgen erzielt worden war.

Aus Anlaß der bevorstehenden Betriebsratswahl in der Heimindustrie fand am 10. Juni eine weitere Versammlung statt. Kollege Müller-Müller sprach zunächst über die Aufgaben der Betriebsratsmitglieder und das Wahlverfahren dazu; hierauf wurden die aus der Heimindustrie zu wählenden Kolleginnen vorgeschlagen.

Zu dieser Versammlung war auch der Rentant der Ortskrankenkasse, Schüller, geladen worden. Dieser Herr hat es für nötig befunden, den Heimarbeitern der Firma G. Müller u. Sohn den Rat zu geben, dem Verband den Rücken zu kehren. Bekanntlich hat diese Firma etwa 30 Heimarbeitern, welche schon längere Zeit erwerbslos waren, die Entlassung übermitteln, darunter solchen, die schon 30 Jahre für die Firma tätig waren.

Der Schluß. Unsere am 17. Mai abgehaltene Vierteljahrsversammlung hätte besser besucht sein können. Zunächst gab unser Kassierer, Kollege Weber, den Kassenbericht. Die Einnahme im ersten Quartal betrug 3500 M.; an die Zentralkasse wurden 2550 M. abgeliefert.

Am 11. Mai fand für die Arbeiter der Firma Jüng, Kunststoffabrik, eine Betriebsversammlung statt. Nachdem der Vorsitzende des Betriebsrates, Kollege Solbach, die Versammlung eröffnet, nahm Kollege Müller das Wort. Einleitend legte er den Zweck der Versammlung dar: „Stellungnahme zu der Kündigung des Betriebsratsmitgliedes Kollegen Althaus“.

Dreißigsten 5. Berg. Born. Unser Verband hatte am Samstag, den 19. Juni, hier eine Versammlung anberaumt, mit der Tagesordnung: „Was müssen die Handwerker tun, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern?“

Vorstand wurde der Kollege Otto Jäger als Vorsitzender gewählt. Ferner der Kollege Richard Berghaus als Kassierer und Willi Sacher als Schriftführer.

Nach Erläuterung einiger Anfragen sprach der Kollege Preis allen Anwesenden für die rege Teilnahme den Dank aus. Er schloß hieran die Bitte, nun das feste Zugehen auch in die Tat umzusetzen, den Vorstand tatkräftig zu unterstützen, damit demselben die Arbeit, welche er im Interesse der Ortsgruppe vornehme, erleichtert würde.

Etzorf-Sieg. Die am 27. Mai einberufene Betriebsversammlung der Arbeiterschaft der hiesigen Kammgarnspinnerei war leider schlecht besucht. Vor Beginn der Versammlung ließ die Firma dem Kollegen Müller ein Schreiben überreichen, in dem sie ihr Erstaunen darüber ausdrückte, daß er es fertig gebracht, so viel Mut zu besitzen, den laufenden Tarif zu kündigen.



Ich kann einen gutbewaffneten Gegner nicht bekämpfen oder gar besiegen, wenn ich selbst ohne Kampfmittel bin. Die beste Waffe im wirtschaftlichen Kampf ist die Organisation. Diese muß gut im Stande gehalten werden, wenn ich im Kampfe nicht unterliegen

will d. h. sie darf nicht erst in letzter Stunde, sondern muß schon vorher ausgebaut werden. Dazu ist aber notwendig, daß jedes Mitglied

als seine Pflicht ansieht, unablässig zu werden, dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen. Nur wer des Gemeinfinns, der Solidarität ermangelt, der kann denken,

mir kann es gleich sein, wie es kommt. Das ist ein schwerer Fehler, der sich an uns und unsern Familien rächt. Durch den Ausbau der Organisation wollen wir unsere Zukunft zum Teile selbst formen.

überlegen. Treten wir aber als organisierte, geschulte, disziplinierte Vielzahl auf, dann stehen wir dem Gegner mindestens gleichwertig gegenüber und können, wenn es sein muß, mit Aussicht auf Erfolg den Kampf wagen.



zuzweigen. In seinem Schlußwort ermahnte Kollege Müller die Arbeiterschaft, stets des Wortes zu gedenken, daß nur „Einigkeit“ stark mache.

Engelskirchen. Abschluß einer Lohnbewegung. Zwischen der Firma Ermen u. Engels und ihrer Arbeiterschaft bestanden seit einigen Wochen Lohndifferenzen. Bekanntlich hat die Firma, die keinem Arbeitgeberverband angehört, seiner Zeit für das rechtsrheinische Gebiet geltenden Tarif angenommen.

Morsbach. Herr Direktor Herbst von Wenden in Morsbach. Die Wenderer Strumpfweberei beschäftigt in ihrem hiesigen Fabrikbereich etwa 60 Arbeiterinnen. In gewissen Fabrikabteilungen erweist sich der dortigen Arbeiterinnen ein Mangel an Arbeitsplätzen zu bestehen. Es ist unter dies für die Leute in Morsbach ein Gemut, wenn nur etwas für sie dabei herauskäme.

solcher Tag angenommen. Erwartungsvoll sahen die Arbeiterinnen der von dem Herrn Direktor gehaltenen Ansprache entgegen. Und was hatte der Herr denn alles Gute mitzuteilen. Zunächst sollten die Leute, wenn sie Glück lieb und brav wären, auch in diesem Jahre Ferien haben, die wolle er ihnen gewähren, ferner sollten sie auch recht fleißig sein, damit sie was verdienen, die Zeiten seien gegenwärtig so schlecht wie nie zuvor, aber er werde schon sorgen, daß sie Arbeit bekommen. Der Verband müge ja doch nichts, die Löhne und alles andere würde auch so gekommen sein, höhere Löhne könnten nicht mehr gezahlt werden usw., mügte er zu erzählen. Was die Löhne angeht, so weiß der Herr Direktor ja selbst am besten, welchen Kampf es gekostet hat, um dieselben so zu gestalten, wie sie jetzt sind.

Opladen. Unsere am 4. Juni stattgefundenen Mitgliederversammlung war gut besucht. Kollege Janßen eröffnete dieselbe, gab der Freude über den fröhlichen Besuch derselben in lebhaften Worten Ausdruck und forderte die Mitglieder auf, zu der nächsten Versammlung auch das letzte Mitglied heranzubringen.

Seligenstadt (Freistaat Hessen). Etwa 50 Arbeiterinnen der Konfektionsbranche waren am 15. Juni hier zu einer Versammlung gekommen. Eine Textilarbeiterorganisation bestand hier noch nicht. Dementsprechend sind aber auch die Verhältnisse der Arbeiterinnen. Betriebsobmann oder Betriebsrat sind in diesem Betrieb vorhanden. Die tägliche zehnstündige Arbeitszeit ist die Regel. Der höchste Verdienst, welcher in einer Woche von den Arbeiterinnen über 20 Jahre erzielt wurde, war 60 Mark.

Bekanntmachung. Den Kolleginnen und Kollegen des Sekretariatsbezirks Althaus-Coesfeld zur Nachricht, daß sich ab 1. Juli das Büro Coesfeld, Kronenstr. 1, befindet. Joh. Dieker, Sekretariatsbeamter.

Inhaltsverzeichnis. Kaffee. — Artikel: Internationales Kongress der christlichen Gewerkschaften in Holland. — Preisabbau für Lebensmittel und Bedarfsartikel. — Die Schranke bricht. — Neue Verordnungen und Gesetze. — Reichsministerium zur wissenschaftlichen Förderung der Textilindustrie. — Allgemeines Kundschau: Neuwahlen der Besitzer an den Kaufmanns-, Gewerbe- und Innungsschiedsgerichten. — Zusammenstoß bei deutschen Unternehmernverbänden. — Gewerbegerichtsbezirk und Kaufmannsgerichtsbezirk. — Ein weltberühmtes, illustriertes Porträt der Arbeiterinnen. — Aus unserer Industrie: Die Lage des Webstoffgewerbes. — Aus der internationalen Textilindustrie. — Aus unserer Bewegung: Eine Betriebsratskonferenz in Zittau. — Eine Konferenz von Ortsgruppenvertretern des Gladbacher Bezirks. — Aus dem internationalen Sekretariatsbezirk. — Konferenz der christlichen Gewerkschaften in Gmund. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bergneustadt. — Dreißigsten 5. Berg. Born. — Etzorf-Sieg. — Engelskirchen. — Morsbach. — Opladen. — Seligenstadt (Freistaat Hessen). — Bekanntmachung.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Gerh. Müller, Althausstr. 56, Kronenstr. 7.